



SVP notfalls mit einer Initiative

Steuerwettbewerb Die dringliche Nationalratsdebatte wirft ihre Schatten voraus

Für SVP-Präsident Maurer hat Obwalden mit der Flat Rate Tax einen guten Weg gefunden. Die SP wird laut Präsident Fehr auch solche Tarife bekämpfen.

MATHIAS KÜNG

Die von Obwalden als Reaktion auf das bundesgerichtliche Verbot von degressiven Steuern geborene Flat Rate Tax (MZ vom Samstag) erscheint SVP-Präsident Ueli Maurer als gute Lösung. Dies, weil hohe Einkommen nicht mehr bezahlen und die Mitte etwas entlastet wird. Zudem entspreche es den Vorgaben des Bundesgerichts, sagt Maurer zur MZ. Interessant dünkt ihn auch die Höhe bzw. die Tiefe des Steuersatzes.

SP-Präsident Hans-Jürg Fehr hält gegenüber der MZ fest, dass das Bundesgericht den Steuerwettbewerb nicht abgeschafft, sondern lediglich die Steuergerechtigkeit darübergestellt und Leitplanken festgelegt habe. Seine Partei wird Flat Rate Taxes bekämpfen. Fehr: «Dass Obwalden jetzt auf diesem Weg versucht, sich Vorteile im Steuerwettbewerb zu ergattern, dafür habe ich Verständnis, ohne es gutzuheissen.» Für die SP wird der Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungs-

fähigkeit mit progressiven Steuertarifen richtig erfüllt. Das Problem liegt für Fehr im interkantonalen Steuerwettbewerb selbst, dem die SP mit ihrer «Steuergerechtigkeits-Initiative» Schranken setzen will. Die aktuelle Debatte sei für sie gut, die Steuergerechtigkeit berühre sehr. Fehr: «Es ist leicht, Unterschriften zu sammeln. Die Leute stehen teilweise Schlange, um zu unterschreiben.»

SVP setzt auf den Ständerat

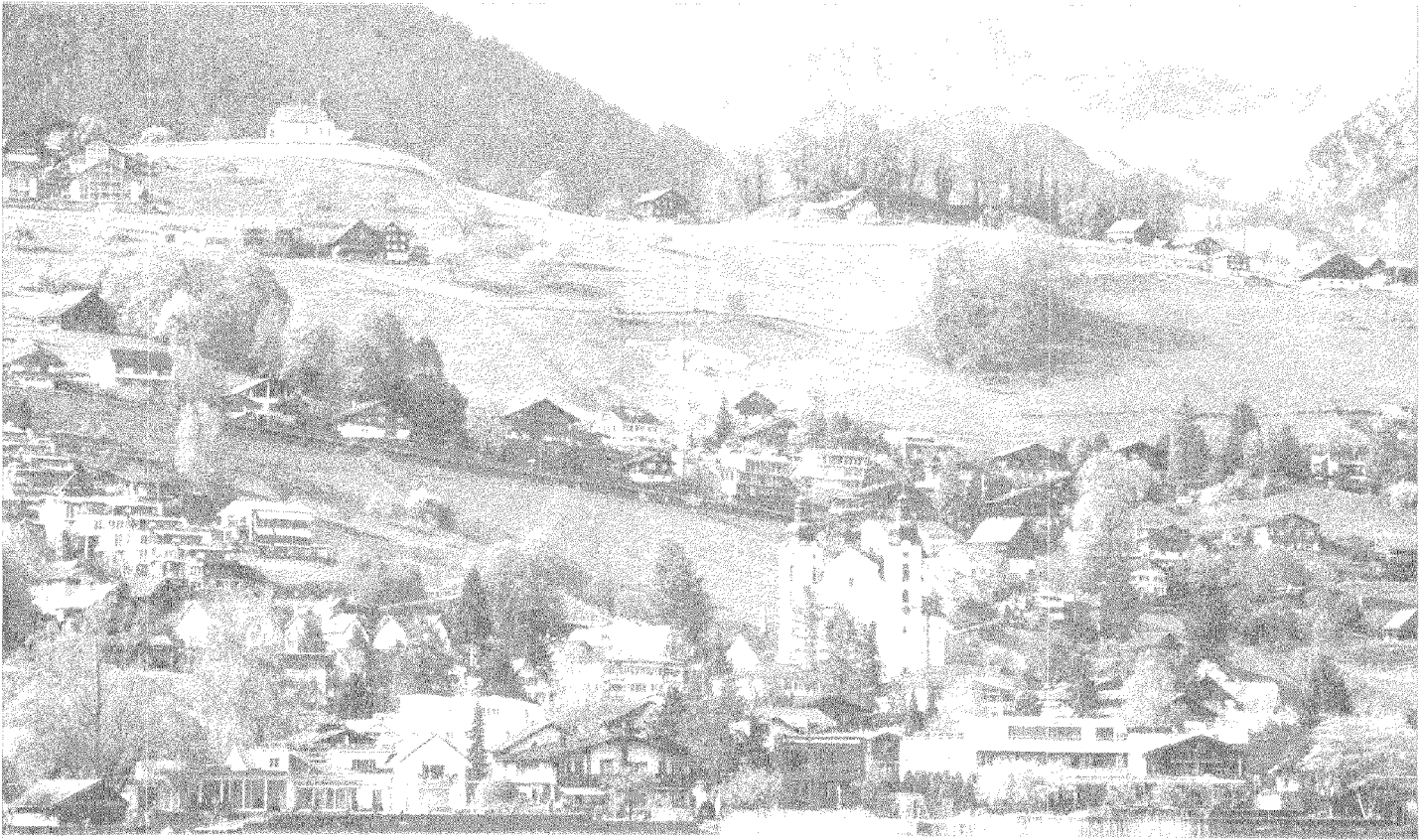
Das Bundesgerichtsurteil zu degressiven Steuern führt am 20. Juni auf Antrag von SVP, FDP und SP im Nationalrat zu einer dringlichen Debatte. Die SVP will, dass jeder Kanton sein Steuersystem so einrichten kann, wie es ihm richtig erscheint. Entsprechende Vorstösse, etwa von SVP-Ständerat Hannes Germann (SH), zielen in diese Richtung. Maurer ist zuversichtlich, dass seine Partei im Ständerat reüssiert. Dann, so glaubt er, könnte die Stimmung auch im Nationalrat kehren. Die SP würde sich laut Hans-Jürg Fehr aber sehr wehren, wenn das Parlament den Kantonen Rechte gäbe, mit denen es sie über die Bundesverfassung stellen würde. Gegen entsprechende Vorstösse kündigt Fehr

entschlossenen Widerstand an.

Sollte die SVP im Parlament unterliegen, «bliebe nichts anderes als eine Volksinitiative zu starten», sagt Maurer. Damit würde man aber nicht beginnen, bevor die Initiative «gegen kriminelle Ausländer» abgeschlossen sei. Maurer ist überzeugt, dass eine Abstimmung auf Bundesebene zu gewinnen wäre: «Denn das bisherige System bringt Wettbewerb. Und dieser führt zu tieferen Steuern. Das wollen die Leute.»

Hohe Rabatte verfassungswidrig?

In der Steuerdiskussion könnte sich eine neue Front eröffnen. Die Kantone geben nämlich auf die Dividendenbesteuerung zum Teil sehr hohe Rabatte. Laut «NZZ am Sonntag» könnten auch diese unter Druck kommen. Ueli Maurer schliesst nicht aus, dass das Bundesgericht eine entsprechende Beschwerde gutheissen könnte. Maurer trocken: «Dann müsste man halt auch hier die Verfassung ändern.» Ganz anders Hans-Jürg Fehr, der sich gegen hohe Rabatte wehrt: «Wenn eine Beschwerde gegen Rabatte von 50 oder mehr Prozent geführt wird, bin ich überzeugt, dass das Bundesgericht auch hier auf Verfassungswidrigkeit erkennen wird.»



IM BLICKPUNKT Sarnen, Hauptort des Kantons Obwalden, der jetzt mit einer Flat Rate Tax gute Steuerzahler anlocken will. MARTIN RLETSCHI/KEY



Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
AZ Aarau	21'079
AZ Baden/Zurzach	32'479
AZ Brugg	10'480
AZ Fricktal	7'169
AZ Lenzburg	11'618
AZ Wynental/Zofingen	6'363
AZ Freiamt	13'174
Limmattaler Tagblatt	10'360
Solothurner Zeitung	24'979
Grenchner Tagblatt	4'976
Berner Rundschau	4'675
Langenthaler Tagblatt	5'806
Oltner Tagblatt	19'093
Zofinger Tagblatt	15'411